

Beschlüsse des CDU Bezirksparteitag **am 8.Oktober 2022 im Kurhaus in Titisee**

Gesellschaftsjahres ein freiwilliges „Baden-Württemberg-Jahr“

Die CDU Südbaden begrüßt den Beschluss des CDU-Bundesparteitages vom 9./10. September 2022 zur Schaffung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres in Deutschland.

Die CDU Südbaden fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg und die CDU-Landtagsfraktion auf, bis zur Einführung eines bundesweiten, verpflichtenden Gesellschaftsjahres ein freiwilliges „Baden-Württemberg-Jahr“ zu etablieren, mit dem das bisherige Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) deutlich ausgeweitet wird, dass Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus allen Generationen offensteht und das seine Einsatzschwerpunkte im Bereich des Sozialen, der Gesundheit und der Pflege anbietet.

Berufsanerkennung ausländischer Pflegekräfte erleichtern

Die CDU Südbaden fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, durch eine gesetzliche Klarstellung zu ermöglichen, dass qualifizierten Pflegekräften aus dem Ausland bei der Aufnahme einer Tätigkeit in einer deutschen Pflegeeinrichtung eine vorläufige Berufserlaubnis als Pflegefachkraft erteilt werden kann und für die volle und endgültige Berufsanerkennung durch eventuell notwendige Zusatzqualifikationen eine Frist gesetzt werden kann, von z.B. einem Jahr. Die Verfahren bei der Anerkennung von Pflegefachkräften sind dem bei Ärzten anzugleichen.

KfW-Förderung

Die CDU Südbaden fordert die KfW- Förderungen für private Bauherren schnell neu aufgelegt wird.

Flüchtlinge

Die Geltung von SGB II bzw. SGB XII für Flüchtlinge aus der Ukraine hält die CDU Südbaden für einen Fehler. Die CDU Südbaden fordert, dass diese Regelung nicht auf weitere Flüchtlinge ausgeweitet wird, sondern für sie weiterhin der Rechtskreis des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) gilt. Für Flüchtlinge, die sofort Arbeit aufnehmen dürfen, ist dennoch unmittelbar die Betreuung durch Jobcenter vorzusehen. Der Sachleistungsvorrang für Asylbewerber in Aufnahmeeinrichtungen ist wie vor 2015 auf die Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen auszuweiten und davon verstärkt Gebrauch zu machen.

AKW-Laufzeiten

Die CDU Südbaden fordert unter Einhaltung der sicherheitstechnischen Voraussetzungen eine Streckung der AKW-Laufzeiten (Weiterbetrieb über ein paar Monate, solange Brennstäbe noch vorhanden sind) wie auch den Weiterbetrieb bis mindestens 2024 zur Überbrückung der aktuellen Energieknappheit aufgrund des Angriffskriegs Putins auf die Ukraine.

Gemeinsam durch die Krise

Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat den Krieg wieder mitten nach Europa gebracht. Wir verurteilen den russischen Angriffskrieg auf das Schärfste. Den Menschen in der Ukraine gilt unsere Solidarität. Denn es geht um unsere gemeinsamen Werte: Frieden und Freiheit stehen über allem. Deshalb ist auch eine weitere konsequente Unterstützung der Ukraine erforderlich und die beschlossenen Sanktionen gegen Russland sind notwendig.

Der Krieg hat auch Auswirkungen auf uns: In Deutschland und Europa droht nach wie vor ein Energienotstand – und die Energiepreise explodieren. In der Krise muss unsere Energie versorgungssicher, bezahlbar und klimafreundlich gestaltet werden. Das ist die zentrale soziale, ökonomische und ökologische Frage unserer Zeit.

Statt beherzt und engagiert zu handeln, lässt die Bundesregierung jedoch weiterhin wichtige Potenziale der Energieversorgung links liegen. Entschieden wird von oben herab, statt einen breiten Konsens mit Ländern und Kommunen zu suchen. Damit wird der in der Krise so entscheidende Zusammenhalt leichtfertig geschwächt.

Bürgerinnen und Bürger entlasten

Die Energiepreise haben sich in den letzten Monaten drastisch erhöht. Spätestens jetzt, zu Beginn der Heizperiode, brauchen die Menschen Antworten, wie diese hohen Preise insbesondere beim Gas abgefedert werden können. Die Bundesregierung hat zwar mittlerweile das Ziel einer Preisbremse formuliert und Finanzmittel dazu ins Schaufenster gestellt. Die Umsetzung ist jedoch noch völlig unklar. Es braucht jetzt schnell Klarheit. Haushalte im unteren Einkommensdrittel sollten zudem mit einer 1.000-Euro-Energiepauschale unterstützt werden, da bei ihnen die Strom- und Gaskosten einen besonders hohen Anteil am verfügbaren Einkommen ausmachen.

Anreize zum Energiesparen setzen

Eine Deckelung der Gaspreise muss so ausgestaltet sein, dass sie weiterhin Anreize zum Energiesparen setzt. Zudem muss sie mit Maßnahmen zur weiteren Energieeinsparung flankiert werden - etwa einem 100-Euro-Handwerkerbonus, um die private Heizung optimal energieeffizient einstellen zu lassen. Öffentlichen Gebäuden kommt bei der Energieeinsparung eine Vorreiterrolle vor - vom Regierungsviertel in Berlin bis zum Rathaus in der Gemeinde. Davon geht auch ein klares Signal aus: Zum Energiesparen muss jeder seinen Beitrag leisten, Privathaushalte und Unternehmen, der öffentliche Bereich geht aber voran.

Unternehmen eine Perspektive aufzeigen

Betriebe in Südbaden sind von den hohen Energiepreisen teilweise existenziell bedroht – von der energieintensiven Großindustrie bis zur Bäckerei um die Ecke. Die dramatische Situation erfordert für die am stärksten betroffenen Unternehmen unkomplizierten Zugang zu angemessenen Hilfsleistungen. Die von der Bundesregierung angekündigte Ausweitung des Energiekostendämpfungsprogramms muss jetzt endlich umgesetzt werden, damit mehr Unternehmen unbürokratische Hilfe bekommen können. Insbesondere Mittelstand und Handwerk müssen hier eine Perspektive erhalten. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, muss der vom Bundeskanzler zugesagte Industriestrompreis von vier Cent pro Kilowattstunde zügig eingeführt werden. Um zu vermeiden, dass Zahlungsausfälle von Kunden zu Zahlungsschwierigkeiten und Insolvenzen von Stadtwerken mit Kaskadenwirkung in der Grundversorgung führen, brauchen wir zeitnah einen Schutzschirm für die Stadtwerke aus Liquiditätshilfen, einem KfW-Bürgschaftsprogramm und verlässlichem Insolvenzschutz. Auch die Stadtwerke sind in ihrer Summe systemrelevant.

Energieerzeugung ausweiten

Um immer noch drohende Notlagen abzuwenden und um das derzeit hohe Preisniveau bei Energie nachhaltig zu senken, muss das Angebot an Energie ausgeweitet werden. Bei der Abschaffung von Deckelungen, welche eine erhöhte Erzeugung von Bioenergie verhinderten, ist wertvolle Zeit durch die Bundesregierung vertan worden. Hier gilt es auch weiterhin, alle Potenziale zu nutzen. So könnten nach Angaben der Branche schon kurzfristig zwei Millionen Haushalte zusätzlich mit Strom versorgt und fünf Prozent des russischen Gases ersetzt werden. Perspektivisch ist noch deutlich mehr möglich. Wir halten an unseren Grundsatzbeschlüssen zum Ausstieg aus Kernenergie und Kohleverstromung fest. Aber jetzt in der Krise müssen befristet alle verfügbaren Kapazitäten genutzt werden. Deshalb sprechen wir uns für einen für die Krisenzeit befristeten Weiterbetrieb der verbliebenen Kernkraftwerke aus. Der Stresstest der Übertragungsnetzbetreiber hat gezeigt, dass sich ein befristeter Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke positiv auf Leistungsbilanz und Netzsicherheit auswirkt. Fragen des Klimaschutzes und der Auswirkungen auf das Preisniveau hat die Bundesregierung hingegen bei ihrer Entscheidung gar nicht erst einbezogen. Leider müssen auch die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Kohleverstromung in der Krise umfassend genutzt werden. Die Regelungen müssen nachgebessert werden und den Betreibern für die Krisenzeit Verlässlichkeit geben. Gleichzeitig muss die Bundesregierung endlich ihrer Pflicht aus dem Klimaschutzgesetz gerecht werden und ein Sofortprogramm mit Zusatzmaßnahmen in den Sektoren Gebäude und Verkehr zum Erreichen der Klimaziele vorlegen, sonst wird die Klimälücke immer größer und das 2030-Ziel kann nicht mehr erreicht werden.

Vorsorge für den Notfall treffen

Ziel aller Maßnahmen ist es, einen Energienotstand abzuwenden. Sollte es jedoch im Winter zu Versorgungsengpässen kommen, müsste die Bundesnetzagentur im Notfall Entscheidungen von weitreichendem Ausmaß treffen und Gas zuteilen. Es muss dann entschieden werden, welche Branchen und welche Produkte systemrelevant sind und mit dem knappen Gas versorgt würden. Das sind Wertentscheidungen, die nicht an die Bundesnetzagentur delegiert werden können, sondern politisch verantwortet werden müssen.

Europäisch zusammenhalten

Wir werden als Europäer diese Krise nur gemeinsam meistern. Das gilt ganz generell, aber auch bei der Energie. Deshalb setzen wir auf hier auch europäische Gemeinsamkeit. Den blumigen Bekenntnissen zu europäischer Solidarität in der Krise müssen konkrete Taten folgen. Die Gasversorgung in der EU soll über einen Solidaritätsmechanismus, die sogenannte „SoS-Verordnung“ gesichert werden. Voraussetzung ist jedoch, dass hierfür zwischenstaatliche Solidaritätsabkommen existieren. In ihnen werden die Einzelheiten gegenseitiger Unterstützung in der Notlage geregelt und nur mit ihnen wird Solidarität konkret. Bisher gibt es diese nur mit Österreich und Dänemark - und diese stammen noch aus dem letzten Jahr, Mit allen anderen Partnern gibt es keine Beistandsverträge - auch nicht mit unseren südbadischen Nachbarn, nicht mit Frankreich und nicht mit der Schweiz. Hier muss die Bundesregierung jetzt ran und der Kanzler muss das zur Chefsache machen. Der Winter steht bald vor der Tür, es darf keine weitere Zeit vertan werden. Unter dem Eindruck der Krise muss gleichzeitig eine voll integrierte Elektrizitäts- und Energiebinnenmarkt vorangebracht werden – mit Ökostrom-Partnerschaften, mit grenzüberschreitenden Leitungen und mit einem europäischen Wasserstoffnetz als tragende Säulen, Das wäre ein wichtiger Fortschritt, aber auch “back to the roots” - schließlich war die Montanunion für Kohle und Stahl nach dem Zweiten Weltkrieg die Geburtsstunde der Europäischen Gemeinschaft. Diesen Gründungsimpuls gilt es jetzt ins 21. Jahrhundert zu übersetzen und auf den Weg zur Klimaneutralität auszurichten. Nur so können wir Energiesicherheit und Klimaziele zusammenbringen, Wir müssen jetzt in Europa gemeinsam energisch voran gehen!